



## ***Verfahrensbrief Nr. 1***

**„Lieferung mobile Verdichter und  
Gasgenerator zum Antrieb von mobilen Verdichtern“**

**Vergabenummer: 2026-009**

**Stand: 13.05.2026**

## 1 Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen).....                              | 4  |
| 2 Einleitung .....   | 5  |
| 3 Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens .....                      | 5  |
| 3.1 Projektbeschreibung.....   | 5  |
| 3.2 Gegenstand der Ausschreibung .....                                   | 5  |
| 3.3 Leistungsüberblick.....  | 5  |
| 3.4 Geplanter Lieferzeitraum .....                                       | 6  |
| 4 Auftraggeber, Kontaktstelle und Vergabestelle .....                    | 6  |
| 5 Sprache.....   | 6  |
| 6 Verfahrensart .....  | 6  |
| 7 Zeitplan .....   | 6  |
| 7.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb .....                 | 7  |
| 7.2 Angebotsphase I (Erstangebote) und ggf. Vergabeentscheidung .....    | 8  |
| 7.3 Verhandlungsphase .....  | 8  |
| 7.4 Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung..... | 9  |
| 8 Kommunikation (DTVP).....  | 9  |
| 8.1 Kommunikationsform und Auskünfte .....                               | 9  |
| 8.2 Datenverarbeitung.....   | 10 |
| 9 Bereitstellung der Vergabeunterlagen .....                             | 10 |
| 10 Einreichung der Teilnahmeanträge .....                                | 10 |
| 11 Einzureichende Unterlagen.....  | 11 |
| 12 Bewerbergemeinschaften .....  | 11 |
| 13 Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend) .....            | 12 |
| 14 Eignungsleihe .....   | 12 |
| 15 Eignung .....   | 13 |
| 15.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung .....                   | 13 |
| 15.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....             | 14 |
| 15.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....                   | 15 |
| 16 Zuschlagskriterien und Angebotswertung .....                          | 16 |
| 17 Geheimhaltung .....   | 16 |
| 18 Rügeobliegenheiten .....  | 17 |
| 19 Nachprüfungen .....   | 18 |
| 20 Ergänzende Bestimmungen.....  | 18 |

|      |   |    |
|------|---|----|
| 20.1 | Nachforderung .....                         | 18 |
| 20.2 | Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen ..... | 18 |
| 20.3 | Nebenangebote .....                         | 19 |
| 20.4 | Ausschluss .....                            | 20 |
| 20.5 | Entschädigung .....                         | 20 |
| 20.6 | Aufhebung des Verfahrens .....              | 20 |
| 20.7 | Einverständnis des Bewerbers .....          | 20 |
| 20.8 | Wettbewerbsregistrauszug .....              | 20 |
| 20.9 | Rücknahme von Teilnahmeanträgen .....       | 20 |

## **Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)**

|                   |                                   |
|-------------------|-----------------------------------|
| <b>Anlage A.1</b> | Vordrucke und Nachweise (Eignung) |
| <b>Anlage A.2</b> | Wertungsmatrix (Angebote)         |
| <b>Anlage A.3</b> | Wertungsmatrix (Eignung)          |
| <b>Anlage A.4</b> | Hinweise zum Datenschutz          |
| <b>Anlage B.1</b> | Leistungsbeschreibung             |
| <b>Anlage B.2</b> | Preisblatt                        |
| <b>Anlage B.3</b> | Vertrag mit Anhängen              |

## **2 Einleitung**

Die vorliegende Unterlage stellt den vorgesehenen Ablauf sowie die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor.

Zur besseren Lesbarkeit werden in dieser Unterlage und den weiteren Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen, Männer und Diverse beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z.B. "Mitarbeiter". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

## **3 Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens**

### **3.1 Projektbeschreibung**

Die im Jahr 2024 in Kraft getretene EU-Methanregulierung verpflichtet uns als Fernleitungsnetzbetreiber alle Maßnahmen möglichst Emissionsfrei durchzuführen. Mobile Umpumpverdichter bieten uns die Möglichkeit Arbeiten an unseren Assets mit möglichst geringen Emissionen durchzuführen.

### **3.2 Gegenstand der Ausschreibung**

Das Leistungsverzeichnis beschreibt die Lieferung von 4 mobilen Verdichtern und einem Gasgenerator. Das zu verdichtende Medium ist Erdgas nach G260. Als Energieträger zum Antrieb des Verdichters soll zum einen Erdgas nach G260, als auch Strom dienen. Die mobilen Verdichter und der Gasgenerator sollen mit Antriebseinheit ein Gewicht von jeweils maximal 3500 kg und einer PKW Anhängerkupplung ausgerüstet sein. Die mobilen Einheiten sollen über flexible Schlauchleitungen angeschlossen werden können. Das Verbrauchsgas sowie die umpumpte Menge soll gemessen und archiviert werden. Ein Fernzugriff soll dem Hersteller die Möglichkeit geben bei Störungen aus der Ferne (über Mobilfunkverbindung) auf die Anlage zuzugreifen. Zudem soll GASCADE über einen Fernzugriff Daten abrufen können.

### **3.3 Leistungsüberblick**

In der Leistungsbeschreibung wird in zwei Losen differenziert. Es sollen jeweils 2 mobile Verdichtereinheiten mit unterschiedlichen Antriebskonzepten beschafft werden. Zusätzlich dazu noch ein Gasgenerator, mit dem ein bzw. auch 2 Verdichter parallel betrieben werden können.

#### **LOS 1**

2 Stück mobile Verdichter mit elektrischem Antrieb inklusive 1 Stück Gasgenerator zum Antrieb

#### **LOS 2**

2 Stück mobile Verdichter mit direkt Antrieb über einen Gasmotor

Wir weisen darauf hin, dass der Auftrag optionale Leistungen (Abruf zusätzlicher Ausrüstungen) umfasst. Details entnehmen Sie bitte den Vergabeunterlagen.

**Die Abgabe eines Angebots auf einzelne Lose ist zulässig.**

### **3.4 Geplanter Lieferzeitraum**

LOS 1: schnellstmöglich - Bewertung über Anlage A.3 Wertungsmatrix (Angebote)

LOS 2: schnellstmöglich - Bewertung über Anlage A.3 Wertungsmatrix (Angebote)

## **4 Auftraggeber, Kontaktstelle und Vergabestelle**

Sämtliche Kommunikation in diesem Vergabeverfahren erfolgt elektronisch über die Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal – DTVP“ (im Folgenden: DTVP)

Auftraggeber und Vergabestelle ist die:

GASCADE Gastransport GmbH  
Kölnische Straße 108-112  
34119 Kassel  
Deutschland  
E-Mail: [kontakt@gascade.de](mailto:kontakt@gascade.de)  
Telefon: +49 561 934-0

## **5 Sprache**

Verfahrenssprache ist Deutsch. Für die Vergabe- und Vertragsunterlagen, den Schriftverkehr, die Abwicklung des Vertrags gilt die Originalsprache Deutsch.

## **6 Verfahrensart**

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß §§ 119 Abs. 5, 141 Abs. 1 GWB, § 15 Abs. 1 SektVO durchgeführt.

## **7 Zeitplan**

Das Verhandlungsverfahren ist ein Verfahren, bei dem sich der Auftraggeber mit oder ohne Teilnahmewettbewerb an ausgewählte Unternehmen wendet, um mit einem oder mehreren dieser Unternehmen über die Angebote zu verhandeln (§ 119 Abs. 5 GWB).

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gliedert sich in vier Phasen:

Phase 1: Teilnahmewettbewerb

- Phase 2: Angebotsphase I (Erstangebote)
- Phase 3: Verhandlungsphase
- Phase 4: Angebotsphase II (Best and Final Offer (BAFO)) und Vergabeentscheidung

Der dargestellte Ablauf und die nachfolgend genannten Termine geben lediglich den derzeitigen Planungsstand wieder. Sie sind – mit Ausnahme der Fristen zur Einreichung von Fragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und des Teilnahmeantrags selbst – nicht verbindlich und können von der Vergabestelle jederzeit geändert werden. Insbesondere behält sich die Vergabestelle vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Der aktuelle Zeitplan gestaltet sich wie folgt:

| Zeitraum                                   | Vorgang   |
|--|---|
| 19.05.2026                                 | Bekanntgabe des Verfahrens auf DTVP und Absendung der europaweiten Auftragsbekanntmachung   |
| 02.06.2026                                 | Frist zur Fragestellung (Teilnahmewettbewerb)   |
| 08.06.2026                                 | Bereitstellung eines finalen Fragen-Antworten-Katalogs (Teilnahmewettbewerb)  |
| 19.06.2026                                 | Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge  |
| 30.06.2026                                 | Benachrichtigung der Bewerber über den Ausgang des Teilnahmewettbewerbs/Versendung der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes an die geeigneten Bewerber |
| 03.08.2026                                 | Ende Angebotsphase I (ggf. Zuschlagserteilung)  |
| Voraussichtlich<br>05.08.2026 – 12.08.2026 | Ggf. Verhandlungstermine mit den Bietern  |
| Voraussichtlich<br>28.08.2026              | Ggf. Ende Angebotsphase II  |
| Voraussichtlich<br>07.09.2026              | Ggf. Auswahl des Bestbieters/Zuschlagsentscheidung/Versand des Vorabinformationsschreibens  |
| Voraussichtlich<br>18.09.2026              | Ggf. Zuschlagserteilung   |
| 27.10.2026                                 | Bindefrist  |

## 7.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb

Das Verfahren beginnt mit der öffentlichen Auftragsbekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union und der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen.

In der Auftragsbekanntmachung wird über einen Link auf das Vergabeportal „DTVP“ verwiesen.

Die **Anlagen** sind auf dem Vergabeportal veröffentlicht.

Auf Grundlage der Vergabeunterlagen (Anlagen A. und B.) erarbeiten die Bewerber bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften einen Teilnahmeantrag.

Am **19.06.2026, 12 Uhr**, endet die Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Anschließend werden die Teilnahmeanträge geöffnet und geprüft. Auf Grundlage der von den Bewerbern eingereichten Erklärungen und Nachweise werden unter den Bewerbern diejenigen ausgewählt, die die veröffentlichten Eignungskriterien erfüllen.

Grundlage der Eignungsprüfung sind die in der Auftragsbekanntmachung und diesem Verfahrensbrief unter Nr. 15 genannten Bedingungen. Es werden maximal **4 (vier)** geeignete Bewerber je LOS zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert werden, soweit eine ausreichende Anzahl an Teilnahmeanträgen geeigneter Bewerber eingereicht wurde. Diese **4 (vier)** Bewerber je LOS werden anhand des in **Anlage A.2** (Wertungsmatrix (Eignung)) beschriebenen Auswahlkriteriums ermittelt. Die übrigen Bewerber werden für das weitere Vergabeverfahren nicht mehr berücksichtigt und zeitnah informiert. Erfüllen mehr als **4 (vier)** Bewerber je LOS gleichermaßen die Anforderungen an die Eignung und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den veröffentlichten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

## 7.2 Angebotsphase I (Erstangebote) und ggf. Vergabeentscheidung

Die Vergabeunterlagen werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes gegebenenfalls weiter konkretisiert und aktualisiert. Mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes erhalten die Bieter ggf. weitere Vergabeunterlagen.

Die Erstangebote werden geprüft und anhand der bekanntgemachten Zuschlagskriterien bewertet.

## 7.3 Verhandlungsphase

Auf der Grundlage des Prüfergebnisses der Erstangebote, beginnt mit dem Abschluss der Angebotsphase I die Verhandlungsphase. Der Auftraggeber lädt die Bieter, die ein wertungsfähiges erstes Angebot abgegeben haben, zu einem Verhandlungsgespräch ein.

Die Verhandlungsgespräche haben das Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Gegenstand der Verhandlungen können grundsätzlich Auftragsinhalt, Auftragsbedingungen und sämtliche Bestandteile der Angebote sein, nicht aber die in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien sowie die Identität des ausgeschriebenen Beschaffungsgegenstandes.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungsphase sukzessive die Anzahl der Bieter weiter nach Maßgabe der veröffentlichten Zuschlagskriterien zu reduzieren.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich (unverbindlich) **in der KW 32/33/2026** stattfinden. Die Angebotsinhalte werden geheim gehalten, die Verhandlungen getrennt mit den jeweiligen Bietern individuell geführt.



Die Terminierung der Gesprächstermine bzw. Verhandlungen erfolgt durch jeweilige individuelle Einladung. Die Bieter haben unverzüglich nach Eingang ihrer jeweiligen Einladung mitzuteilen, welche Personen von ihrer Seite an dem jeweiligen Termin teilnehmen werden.

#### **7.4 Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung**

Der Auftraggeber wird den Abschluss der Verhandlungsphase erklären und die verbliebenen Bieter auf der Grundlage der Verhandlungsergebnisse und der ggf. überarbeiteten Vergabeunterlagen unter Festlegung einer einheitlichen Frist zur Einreichung finaler Angebote auffordern.

Die eingegangenen finalen Angebote werden auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Im Rahmen einer Aufklärungsrunde werden – soweit erforderlich – missverständliche oder ungenaue Angaben in den Angeboten aufgeklärt. Anschließend werden die Angebote anhand der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien bewertet und das wirtschaftlichste Angebot ermittelt. Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag.

Die Bieter sind nach der Einreichung ihrer finalen Angebote an ihre Angebote und deren Inhalte bis einschließlich zum **28.08.2026** (Bindefrist) gebunden. Bis zum Ablauf der Bindefrist können die Angebote nicht zurückgezogen und auch inhaltlich nicht geändert werden. Für den Fall, dass aufgrund von Verzögerungen ein Zuschlag bis zum Ablauf der Bindefrist nicht wirksam erfolgen kann, behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter zu einer Verlängerung der Bindefrist aufzufordern.

Die Bieter, die auf Grundlage der veröffentlichten Zuschlagskriterien keinen Erfolg hatten, werden gemäß § 134 Abs. 1 GWB in Textform auf elektronischem Weg vorab informiert. Über die Zuschlagserteilung erfolgt eine gesonderte Unterrichtung nach § 56 SektVO.

Sollte ein Zuschlag nicht in Betracht kommen oder das Vergabeverfahren aus sonstigen Gründen aufgehoben werden müssen, werden die Bieter in Textform auf elektronischem Weg informiert.

### **8 Kommunikation (DTVP)**

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bietern erfolgt über den gesamten Verfahrenszeitraum über die Vergabeplattform DTVP.

#### **8.1 Kommunikationsform und Auskünfte**

Weitere Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, die Beantwortung von Bieterfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden auf DTVP bereitgestellt.

Alle Fragen sind über DTVP zu stellen. Zu den Fristen wird auf Ziffer 7. verwiesen.

Jede sonstige Kontaktaufnahme zur Vergabestelle bzw. zu Mitarbeitern des Auftraggebers ist unerwünscht und kann nach pflichtgemäßem Ermessen der Vergabestelle zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen (Grundsatz der Verfahrensintegrität). Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet.

## 8.2 Datenverarbeitung

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden von im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Dies betrifft u.a. die Namen, Adressangaben sowie Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation.

## 9 Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen können gemäß § 41 Abs. 1 SektVO unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf DTVP abgerufen werden.

Das Abrufen der Vergabeunterlagen auf DTVP ist ohne vorherige Registrierung möglich, die aktive Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere die Kommunikation mit der Vergabestelle und die elektronische Abgabe eines Angebotes durch den Bieter setzt eine Registrierung hingegen zwingend voraus.

Bei Fragen zur Nutzung des Vergabeportals DTVP, insbesondere bei Fragen zur technischen Abwicklung, hat sich der Bieter an den Betreiber des Vergabeportals zu wenden:

E-Mail: [support@cosinex.de](mailto:support@cosinex.de)

Tel. +49 900 1 267463 (kostenpflichtig)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07:00 bis 17:00 Uhr.

Eine ausbleibende Registrierung und/oder eine fehlende Kenntnisnahme von durch den Auftraggeber auf DTVP bereitgestellten Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bieterfragen oder sonstigen verfahrensrelevanten Informationen gehen zu Lasten des jeweiligen Bieters.

## 10 Einreichung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind bis spätestens am

**19.06.2026, 12:00 Uhr**

über das „Bietertool“ des DTVP elektronisch einzureichen. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, die sich über eine Webstart-Technologie automatisch installiert, sofern der Prozess der Abgabe eines elektronischen Angebots aus dem virtuellen Projektraum des entsprechenden Vergabeverfahrens heraus gestartet wurde.

Bei der Abgabe der Teilnahmeanträge ist die Größenbeschränkung für die maximal zulässige Dateigröße zu beachten. Die Größe des unter Nutzung des Bietertools abzugebenden elektronischen Angebotes ist auf 500 MB beschränkt.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber keine Abgabe der Teilnahmeanträge auf dem Postweg, per E-Mail oder per Telefax zulässt. Etwaige postalisch, per E-Mail oder per Telefax eingereichte Teilnahmeanträge werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist nicht notwendig.

Die Teilnahmeanträge sind in Textform nach § 126b BGB abzugeben. Im Unterschied zur Schriftform bedarf es keiner eigenhändigen Unterschrift, jedoch müssen der

Unternehmensname und der Name der vertretungsberechtigten natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Die Angabe gilt für den gesamten Teilnahmeantrag und ist rechtsverbindlich. Mit dem vollständigen Hochladen des formgerechten Teilnahmeantrags gelten alle weiteren eingereichten Unterlagen als vom Bewerber rechtswirksam abgegeben. Bei Teilnahmeanträgen von Bewerbergemeinschaft muss der Teilnahmeantrag von dem bevollmächtigten Mitglied der Bewerbergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden.

Ggf. erforderliche Erklärungen Dritter sind durch den Dritten eigenhändig zu unterschreiben und durch den Bewerber beizufügen. Dritte im vorstehenden Sinne sind Mitgliedsunternehmen einer Bewerbergemeinschaft, Nachunternehmer und Eignungsverleihende-Unternehmen.

## 11 Einzureichende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden Unterlagen auszufüllen und mit den dort genannten Nachweisen einzureichen:

- Ausgefüllte **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung)

**Im jetzigen Verfahrensstadium sind noch keine Angebote abzugeben.**

## 12 Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften können in diesem Vergabeverfahren einen Teilnahmeantrag abgeben, wenn deren Bildung keinen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht begründet.

Bewerbergemeinschaften werden nach § 43 Abs. 2 Satz 1 SektVO wie Einzelbewerber behandelt.

Jede Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der während des gesamten Vergabeverfahrens sowie im Falle der Auftragserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Neben der gemeinschaftlichen Erklärung sind für jedes Mitgliedsunternehmen die in dem Vordruck zur Bewerbergemeinschaftserklärung (**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 1.2) genannten Unterlagen vorzulegen.

Die Bewerbergemeinschaftserklärung muss die Anforderungen für Erklärungen Dritter bei der elektronischen Angebotsabgabe einhalten (vgl. Ziffer 11).

Die Eignungsanforderungen können für die Bewerbergemeinschaft insgesamt abgegeben werden.

Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft dürfen sich ferner nur an einer Bewerbergemeinschaft beteiligen. Die Beteiligung an mehreren Bewerbergemeinschaften ist unzulässig. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die betreffenden Bewerbergemeinschaften ausgeschlossen.

Der Auftraggeber wird ausnahmsweise von einem Angebotsausschluss absehen, wenn bei Angebotsabgabe plausible Gründe für die Doppelbeteiligung dargestellt werden und die betreffende Bewerbergemeinschaft nachweist, dass ein Verstoß gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs nicht vorliegt.

Bewerbergemeinschaften, die den Teilnahmewettbewerb bestehen, nehmen im Falle der Zulassung zur Angebotsphase I als Bietergemeinschaften am Wettbewerb teil.

### **13 Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)**

Beabsichtigt der Bewerber, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen – sind die hiervon betroffenen Auftrags-/Leistungsanteile – soweit dies im Zeitpunkt der Abgabe des Teilhabeantrags bereits feststeht – im Angebot anzugeben und der/die Nachunternehmer zu benennen (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2).

Für den benannten Nachunternehmer sind zudem die in dem vorbezeichneten Vordruck (**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 2) genannten Unterlagen vorzulegen.

Eine Nachunternehmervergabe nach Vertragsschluss erfordert die vorherige Einwilligung des Auftraggebers.

Auf die Grundsätze der Einbindung von Nachunternehmen gem. § 34 SektVO wird hingewiesen. Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, vor Zuschlagserteilung innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist die Ersetzung eines Nachunternehmers zu verlangen, sofern hinsichtlich des Nachunternehmers ein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund im Sinne des § 124 GWB vorliegt.

Bei der Vergabe von Nachunternehmeraufträgen sind mittelständische Interessen durch den Hauptauftragnehmer vornehmlich zu berücksichtigen.

### **14 Eignungsleihe**

Beabsichtigt der Bewerber sich bei der Erfüllung dieses Auftrags gemäß § 47 SektVO im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen („Eignungsleihe“), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und die dort genannten Unterlagen auch für das andere Unternehmen vorlegen. Er hat insbesondere den Namen und die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 4 und 5) dieser Unternehmen vorzulegen.

Ein anderes Unternehmen i.S.v. § 47 SektVO kann nicht nur ein selbständiges, von dem Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen (z.B. Nachunternehmen) sein. Hierunter sind auch konzernverbundene bzw. konzernangehörige Unternehmen zu verstehen.

Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe nach § 47 SektVO die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 5).

Der Bewerber kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (z.B. Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 SektVO). Das bedeutet, dass das jeweilige Drittunternehmen als Nachunternehmer eingesetzt werden muss.

Der Bewerber hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

Im Übrigen wird auf § 47 SektVO verwiesen.

## 15 Eignung

Öffentliche Aufträge im Sektorenbereich werden an geeignete Unternehmen vergeben, die anhand objektiver Kriterien gemäß §§ 142 Nr. 1, 122 Abs. 1 und 2 GWB ausgewählt und nicht nach § 123 oder § 124 GWB ausgeschlossen worden sind.

Mit dem Angebot ist die Eignung für die zu vergebende Leistung nachzuweisen. Bewerber haben die geforderten und nachfolgend aufgeführten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) zum Beleg ihrer Eignung und zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen in deutscher Sprache mit dem Angebot einzureichen (§§ 42 ff. SektVO). Die einzureichenden Unterlagen sind insbesondere auch der **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung) zu entnehmen.

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften können auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorlegen. Gelangt der Teilnahmeantrag in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

Der Auftraggeber legt folgende objektive Eignungskriterien fest:

### 15.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist.

Für den Fall der Nichteintragung:

Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Hinweis 1.

- PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

- PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland).

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

## 15.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- WL1: Eigenerklärung über den durchschnittlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren

Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Der durchschnittliche Umsatz muss in EUR (netto) für jedes der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 3.000.000,00 EUR betragen.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6.

- WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 3.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen.

Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von

1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen  
und
2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist.

Der Nachweis kann in Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Hinweis 2.

### 15.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- TL1: Eigenerklärung über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) in den letzten maximal drei (3) Jahren seit Veröffentlichung der Bekanntmachung.

Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge: Es wird der Nachweis von Erfahrungen im Bereich der hier zu vergebenden Lieferung/Leistung durch Angabe von mindestens fünf abgeschlossenen Referenzaufträgen in den letzten 3 (drei) Jahren mit Angabe der durchgeführten Lieferung / Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Die Vergleichbarkeit setzt voraus, dass die aufgeführten Referenzen in Bezug auf die Leistung mit dem geforderten Leistungspaket vergleichbar sind. Eine Referenz gilt insbesondere dann als vergleichbar, wenn es sich um folgende Leistungen handelt:

LOS 1 und LOS 2:

Herstellung und Lieferung von Erdgasrückgewinnungseinheiten für den Einsatz im Ferngasleitungsnetz.

Das zu verdichtende Medium war Erdgas. Als Energieträger zum Antrieb des Aggregates diente bei:

- LOS 1: elektrische Energie mittels Kabelanschluss oder Gasgenerator.
- LOS 2: Versorgung des Antrieb mittels Erdgas gemäß G260.

Die Erdgasrückgewinnungseinheit war in einem separaten Gehäuse installiert oder in Kompaktbauweise ausgeführt. Ein Fernzugriff gab dem Hersteller die Möglichkeit bei Störungen aus der Ferne (beispielsweise über Mobilfunkverbindung oder andere Netzanschlüsse) auf die Anlage zuzugreifen.



Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Referenztitel
2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4 (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)
3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Ansprechpartners in der Anlage A.4, z.B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)
4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung
5. Ausführungszeitraum (Auftrags- und Lieferdatum tagesgenau angeben; Wird kein tagesgenaues Datum angegeben, wird die jeweils ungünstigste Variante angenommen.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Es sind mindestens 5 Referenzen pro Los einzureichen.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 7.

## **16 Zuschlagskriterien und Angebotswertung**

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Dabei ist der Angebotspreis nicht allein entscheidend. Die Wirtschaftlichkeit wird anhand der in der **Anlage A.3** (Wertungsmatrix (Angebote) dargestellten Zuschlagskriterien bestimmt.

## **17 Geheimhaltung**

Sektorenauftraggeber dürfen nach § 5 Abs. 1 SektVO keine von den Unternehmen übermittelten und von diesen als vertraulich gekennzeichneten Informationen weitergeben. Dazu gehören insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die vertraulichen Aspekte der eingereichten Dokumente. Ausdrücklich zulässig ist die Weitergabe von Informationen an Berater des Auftraggebers, die von Berufs wegen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und externe Rechtsanwälte).

Der Bewerber wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen.

Geschieht dies nicht, können die Vergabestelle und die Rechtsbehelfsinstanz im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z.B. andere Bieter) ausgehen.



Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen gewährleistet der Sektorenauftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen. Die Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen sowie die Dokumentation über deren Öffnung, Prüfung und Wertung werden auch nach dem Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich behandelt.

Im Gegenzug verpflichten sich die an dem Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen, keine vom Auftraggeber übermittelten Dokumente und Informationen an Dritte weiterzuleiten und sämtliche erhaltene Dokumente und Informationen vertraulich zu behandeln.

Die Vergabestelle erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Der Bewerber stimmt mit der Abgabe seines Teilnahmeantrags diesem Rechtsübergang zu.

## 18 Rügeobliegenheiten

Die Vergabeunterlagen müssen nach Erhalt/Download durch die interessierten Unternehmen auf Vollständigkeit und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Bekanntmachung, die Vergabeunterlagen oder die den Bewerbern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese gegen geltendes Recht, so trifft die Bewerber die Obliegenheit, die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Anderenfalls können sie sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten haben die Bewerber als von ihnen zu tragende Risiken in ihre Angebote einzukalkulieren.

Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügeobliegenheiten der Bewerber nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

§ 160 GWB lautet:

### **§ 160 GWB Einleitung, Antrag**

*(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*

*(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*

*(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit*

*1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*

- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*

## 19 Nachprüfungen

Nach § 160 Abs. 2 GWB ist jedes Unternehmen befugt, einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Zuständige Nachprüfungsinstanz:

Vergabekammer des Bundes  
Villemombler Straße 76  
53123 Bonn  
Fax: +49 228 9499 163  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefon: +49 228 9499 0

## 20 Ergänzende Bestimmungen

### 20.1 Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bewerber/Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

### 20.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben betroffene Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden sind.

### 20.3 Nebenangebote / Loskombination

Nebenangebote in Form von Kombinationsangeboten sind zugelassen.

Der Auftraggeber geht davon aus, dass sich für mehrere oder auch alle Lose Synergieeffekte ergeben, die zu wirtschaftlicheren Angeboten bei der Bezuschlagung dieser Lose an einen Bieter führen können. Regelmäßig dürften die Kombinationsangebote insbesondere zu preisgünstigeren Wirtschaftlichkeitslücken führen. Der Auftragsgeber hält es aber für technisch denkbar, dass bzgl. anderer Zuschlagskriterien in einem Kombinationsangebot weitere Synergieeffekte realisieren lassen. Daher lässt der Auftragsgeber Kombinationsangebote für mehrere oder alle Lose zu.

Die Abgabe solcher Kombinationsangebote ist nach den Regelungen der § 27 Abs. 3 SektVO unter den folgenden Vorgaben zulässig:

- Jedes Kombinationsangebot muss sämtliche Mindestanforderungen für die Abgabe der Hauptangebote erfüllen, die sich aus den Vergabeunterlagen ergeben. Jedes Kombinationsangebot wird bei der Angebotswertung eigenständig auf die Einhaltung der Mindestanforderungen überprüft. Hierbei ist darauf zu achten, dass für die einzelnen Lose mitunter unterschiedliche Anforderungen gelten können. Der Auftragsgeber wird daher die Vollständigkeits- und rechtsförmliche Prüfung innerhalb eines Kombinationsangebotes losscharf nachvollziehen.

Wenn die Zuordnung zu den einzelnen Losen i.R.d. Angebotes gewährleistet wird, ist es statthaf all-gemeine Unterlagen wie Eigenerklärung, Zusicherungen, usw. für das Kombinationsangebot insgesamt abzugeben.

- -Ein Kombinationsangebot muss neben den eben erwähnten förmlichen Anforderungen auch für jedes darin enthaltenen Einzellose gemäß der Zuschlagskriterien losscharf für die Vergabeentscheidung nachvollziehbar sein.
- -Es dürfen mehrere Loskombinationen angeboten werden. Nicht zulässig ist es für eine bestimmte Loskombination mehr als ein Angebot abzugeben. Davon bleibt die Möglichkeit unberührt, weiterhin nur losweise anzubieten.
- Der Zuschlag an ein Kombinationsangebot darf nur dann erteilt werden, wenn sich das Kombinationsangebot in jedem davon umfassten Los als das wirtschaftlichste gemäß der Zuschlagskriterien erweist. Ein Zuschlag an das Kombinationsangebot ist ausgeschlossen, wenn in nur einem Los ein wirtschaftlicheres Angebot eines anderen Bieters vorliegt.

Der Auftraggeber wird bei der Auswertung der Kombinationsangebote wie folgt vorgehen:

- Gemäß Ziffer 16 wird jedes Los anhand der losweisen Einzelangebote ausgewertet;
- diesen Auswertungen werden sodann die Auswertungen der Kombinationsangebote gegenübergestellt;
- es wird geprüft, ob der Bieter für das Los ausreichend leistungsfähig ist;
- damit ein Kombinationsangebot bezuschlagt werden kann, muss es sich in allen Einzellosen als das wirtschaftlichste Angebot anhand der Zuschlagskriterien erweisen.

Kombinationsangebote, für die der betreffende Bieter nicht die erforderliche Leistungsfähigkeit aufweist, werden nicht berücksichtigt.

## **20.4 Ausschluss**

Angebote, die nicht die in den Vergabeunterlagen geforderten Voraussetzungen/Bestimmungen erfüllen, werden ausgeschlossen. Ein Ausschluss erfolgt insbesondere in den in § 57 SektVO genannten Fällen.

## **20.5 Entschädigung**

Eine Erstattung von Kosten/Aufwendungen bzw. eine Entschädigung für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren wird nicht gewährt.

## **20.6 Aufhebung des Verfahrens**

Insbesondere für den Fall, dass keine den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Teilnahmeanträge oder Angebote fristgerecht eingehen, eine grundlegende Änderung der Vergabeunterlagen erforderlich wird oder andere schwerwiegende Gründe bestehen, bleibt die Aufhebung des Verfahrens vorbehalten (§ 57 SektVO). Die Vergabestelle wird die Bieter im Falle einer Aufhebung des Verfahrens unter Angabe der Gründe, gegebenenfalls über die Absicht, ein neues Vergabeverfahren einzuleiten, unverzüglich unterrichten.

## **20.7 Einverständnis des Bewerbers**

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrags erklärt sich der betreffende Bewerber mit allen Bestandteilen der vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden.

Der Bewerber sichert durch seine Beteiligung am Verfahren zu, dass für die Verarbeitung der in seinem Teilnahmeantrag und/oder seinem Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit diesem Verfahren und der Vertragserfüllung die erforderliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Eingetragen werden Name, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail und Ansprechpartner. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht. Siehe insoweit die Hinweise zum Datenschutz (**Anlage A.4** Hinweise zum Datenschutz) sowie die auszufüllende Verpflichtungserklärung DSGVO (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9).

## **20.8 Wettbewerbsregistrauszug**

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Abfrage im Wettbewerbsregister gemäß § 6 Abs. 1 WRegG vornehmen.

## **20.9 Rücknahme von Teilnahmeanträgen**

Eine Rücknahme von bereits abgegebenen Teilnahmeanträgen ist bis zum Ablauf der Teilnahmefrist durch Erklärung in Textform gemäß § 126b BGB möglich. Bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge kann dann ein neuer Teilnahmeantrag eingereicht werden.

\*\*\*\*\*